

Bildungspolitisches Kaminesgespräch – ein Rückblick

In konstruktiver Atmosphäre und abseits vom Wahlkampfparolen diskutierten im Rahmen eines Kaminesgespräches Stadtschulratspräsident Czernohorszky und die BildungsprecherInnen der Wiener Parteien mit dem Katholischen Familienverband der Erzdiözese Wien und dem Verband der Elternvereine an den höheren und mittleren Schulen Wiens über Schulpartnerschaft, Modellregion und Migration.

Wien, 28. September 2016: „Bekenntnis zur Schulpartnerschaft, Förderung aller Kinder und Deutschkenntnisse für Kinder mit Migrationshintergrund“, bei einigen Themen zeigten die beteiligten GesprächspartnerInnen über Parteigrenzen hinweg einen Schulterschluss. Darüber zeigt sich die Vorsitzende des Katholischen Familienverbandes der Erzdiözese Wien, Barbara Fruhwürth erfreut: Als Interessenvertretung der Familien und der Eltern sind uns aktive Mitwirkung in der Gestaltung von Schule und Bildung, die Wahlfreiheit der Eltern und die bestmögliche Förderung aller Kinder, sowohl der unterstützungsbedürftigen als auch der besonders begabten stets ein Anliegen“.

Im Detail jedoch zeigen sich markante Unterschiede.

So sieht SSR-Präsident Czernohorszky Bildung in Österreich als vererbt, daher müsse in Wien alles getan werden, um den Ausbau der verschränkten Ganztageschule voranzutreiben. Damit verteidigt er das fehlende Mitbestimmungsrecht der Schulpartner bei der Einführung einer verschränkten Ganztageschule an bestehenden Schulstandorten. Jedoch, so beruhigt Czernohorszky, werden Schulpartner vor Ort in diese Gespräche eingebunden und niemand zwangsbeglückt. Das letzte Wort hätte jedoch die Stadtregierung. Auch SPÖ-Gemeinderat Vettermann begrüßt diese Vorgehensweise, während ÖVP-Gemeinderätin Schwarz solche Entscheidungen über die Köpfe der Schulpartner als falschen Weg sieht. Sie fordert eine noch stärkere Einbindung der Schulpartner in solche Entscheidungen. Auch die Qualität baulichen Gegebenheiten der jeweiligen Schulstandorte müssen vor einer Umstellung evaluiert werden. Nicht jeder Standort sei für eine verschränkte Ganztageschule Schulform geeignet. Auch Neos-Gemeinderat Wiederkehr schlägt in eine ähnliche Kerbe. Er fordert eine höhere Schulautonomie und stellt die Notwendigkeit einer Neuaufstellung des Bildungssystems in den Raum.

Entwarnung wurde für die geplante Modellregion gegeben. Laut Czernohorszky gäbe es derzeit noch keine Vorschläge von Seiten des Bildungsministeriums, wie eine solche Modellregion umzusetzen sei. Dies sei derzeit nicht das dringliche Thema und könne auch nicht kurzfristig umgesetzt werden. Wiederkehr sieht das Konzept der Modellregion als gescheitert und auch Saurer bemängelt die fehlende Vergleichbarkeit zwischen Ballungsräumen und ländlichen Gebieten.

FPÖ-Gemeinderat Saurer sieht in dem differenzierten Schulsystem eine gut funktionierende Tradition und spricht sich für eine Beibehaltung aus. Schwarz setzt sich für eine differenzierte Förderung von SchülerInnen an, die Talente entdeckt und fördert. Für sie ist im derzeitigen Schulsystem kein Platz für hochbegabte SchülerInnen, da die Förderung bei den Schwachen ansetzt. Entspannt blickt Grüne-Gemeinderat Ellensohn in Zukunft Gesamtschule: Da eine Umsetzung sehr lange dauert und andere Vorhaben einfacher umzusetzen sind, sieht er dieses Thema nicht als vorrangig an.

Beim Thema der Migration setzt Wiederkehr bei einer Neuorientierung des Schulsystems an, da es für ihn nicht mehr zeitgemäß sei. Die Heterogenität Wiens passe nicht mit einem 50 Jahre alten Schulsystem zusammen. Es müsse ein entsprechendes, heterogenes Schulbild in den Vordergrund gerückt werden, welches bereits bei der LehrerInnenausbildung ansetzt, so Wiederkehr und setzt zwecks Kostenentlastung für eine stärkere Digitalisierung mit Lernsoftware im Unterricht ein.

Für Vettermann ist die Herausforderung „machbar“ und begrüßt, dass derzeit ein möglichst rasches Andocken von Kindern mit Migrationshintergrund in den Regelunterricht geschieht. Er sieht eine solche Durchmischung als wichtigen Beitrag zur Integration. Für Saurer soll eine Eingliederung der Schülerinnen und Schüler in den Regelunterricht erst geschehen, wenn ausreichend Deutschkenntnisse vorhanden sind. Schwarz hingegen setzt wiederholt auf die individuelle Förderung aller Kinder und stellt die „Schulreife vor Schulpflicht“ in den Raum. Ellensohn sieht das derzeitige Förderprogramm von Kindern mit Migrationshintergrund in Wien als einzigartig an. Für ihn gäbe es nur die Entscheidung „Miteinander oder Gegeneinander“ zu leben und er spricht sich eindeutig für ein „Miteinander“ aus.

Abschließend verweist Czernohorszky auf die Notwendigkeit, Herausforderungen nicht wegzuwischen, sondern sich ihnen zu stellen und gibt erste Einblicke in das Integrationspaket 2, welches ab 2017 in Kraft tritt und deutliche Verbesserungen – etwa die Aufstockung von SprachlehrerInnen – bringen wird.

Rückfragen bitte an:

Katholischer Familienverband der Erzdiözese Wien
Mag. Antonia Indrak-Rabl
Stephansplatz 6/6/626
1010 Wien
mail: a.indrak@edw.or.at